



Neuer Schwung für Klimaschutz im Gebäudebereich?

Von Christian Huttenloher, Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Das Bundeskabinett hat am 3. Dezember 2014 ein Klimapakett beschlossen. Das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ und der „Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ umfassen ein umfangreiches Bündel an Sofortmaßnahmen und längerfristigen Initiativen, mit denen die angestrebte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden sollen. Mit dem Klimapakett bekräftigt die Bundesregierung ihre Ziele für den Gebäudebestand, der bis 2050 nahezu klimaneutral sein soll. Das bedeutet eine Einsparung von 80 Prozent des (nicht-erneuerbaren) Primärenergiebedarfs, der durch eine Kombination verschiedener Instrumente gelingen soll.

Energieeffizienz im Gebäudebestand

Herzstück ist die Steigerung der Energieeffizienz. Der NAPE setzt dafür auf das „Energiespa-

ren im Gebäudebereich“ als eines seiner drei Handlungsfelder. Neben zusätzlichen finanziellen Anreizen sowie einer verbesserten Beratung soll bis Ende 2015 eine „Energieeffizienz-Strategie Gebäude“ erstellt werden. Auch die beiden anderen Handlungsfelder – „Energiesparen als Rendite- und Geschäftsmodell“ und „Eigenverantwortlichkeit für Energieeffizienz“ – enthalten gebäudebezogene Maßnahmen. In enger Verzahnung mit dem NAPE will die Strategie „Klimafreundliches Bauen und Wohnen“ des Klimaschutzprogramms bis zu zehn Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich einsparen.

Reichen finanzielle Anreize aus?

Dazu sind stärkere Anreize für Gebäudeeigentümer unverzichtbar. Erste, wenngleich kleine Impulse bringen die beschlossene Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms auf zwei Milliarden Euro jährlich sowie die Einführung des Fördertatbestandes Effizienzhaus Plus. Auch die 300 Millionen Euro, die die KfW als Zuschüsse ausgibt, wirken sich positiv auf das

Termine
15. Januar 2015 Berlin Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen Veranstaltung des Kompetenzzentrums Großsiedlungen
26. Januar 2015 Essen Die Energiewende im Ruhrgebiet gemeinsam meistern Workshop DV beim Energieforum West
27. Januar 2015 Berlin Brennpunkt Mieterschaft 2015 Fachtagung der BBA - Akademie der Immobilienwirtschaft e. V.
18. März 2015 Wolfsburg Innenstadt und Factory Outlet Center - gemeinsam einsam? Fachtagung der DSSW-Plattform; Stadt + Handel; GMA Beratung und Umsetzung

Ansprechpartner
Christian Huttenloher c.huttenloher@deutscher-verband.org

Modernisierungsverhalten der Kleinvermieter und Selbstnutzer aus. Zudem werden weiterhin Einzelmaßnahmen für eine schrittweise Sanierung gefördert. Als zusätzlichen Impuls plant der Bund, von 2015 bis 2019 eine steuerliche Förderung von Investitionen einzuführen, die die Energieeffizienz steigern und erneuerbare Energien einsetzen. Dafür sind insgesamt eine Milliarde Euro pro Jahr vorgesehen. Doch dafür müssen erst die Bundesländer grünes Licht geben, die erneut mit Ablehnung drohen.

Langfristige Sanierungsfahrpläne und Ausbau der Beratung

Auch die angekündigten langfristigen Sanierungsfahrpläne haben für Gebäudeeigentümer hohe Relevanz, da sie für ihre Investitionen einen verlässlichen Rahmen brauchen. Bislang kündigt der NAPE lediglich an, dass freiwillige gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne erarbeitet werden. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, das Eigentümern technisch und wirtschaftlich optimale Lösungen aufzeigt und dabei ihre individuelle Situation berücksichtigt (finanzielle Leistungsfähigkeit, familiäre Lage, Zustand des Gebäudes etc.).

Sanierungsfahrpläne sind das Kernelement von guten Beratungsangeboten, die der Bund ausbauen und qualitativ verbessern will. Nur so kann den Vorbehalten gegenüber Gebäudesanierung und energieeffizientem Neubau begegnet werden. Dafür dürfen allerdings mögliche Probleme der Dämmung, wie z. B. erhöhte Brandgefahr oder Schimmelbildung nicht einfach ignoriert werden. Notwendig sind auch ergebnisoffene Diskussionen darüber, ob manche Effizienzstandards nicht zu hoch gegriffen sind und damit energetische Modernisierungen eher behindern.

Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit

Auch gesellschaftliche Belange oder Fragen der Wirtschaftlichkeit sollten vorbehaltlos erörtert werden. Sowohl die Strategie „Klimafreundliches Bauen und Wohnen“ aus dem Klimaschutzprogramm als auch die „Energieeffizienz-Strategie Gebäude“ aus dem NAPE wollen sich darum kümmern. Eckpunkte beider Strategien sind u. a.:

- die Weiterentwicklung der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2016, um den Niedrigstenergiestandard für Neubau einzuführen;
- der Abgleich des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes und der EnEV, um Über-

schneidungen und Vereinfachungsmöglichkeiten zu überprüfen;

- der Abbau steuerrechtlicher Hemmnisse für Wohnungsunternehmen, die Strom aus erneuerbaren Energien oder KWK erzeugen;
- die Anpassung der Möglichkeiten des Mietrechts, nach Modernisierung eine Mieterhöhung vorzunehmen und
- die Überprüfung der Einführung einer Klima-Komponente beim Wohngeld.

Interdisziplinäre Ansätze unverzichtbar

Wichtig ist es, dass Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit und Baukultur gleichberechtigt mit den Energie- und CO₂-Einsparzielen abgewogen werden. Hier ist vor allem eine Verzahnung notwendig zwischen der „Energieeffizienz-Strategie Gebäude“, die vom Bundesverkehrsministerium erarbeitet wird, und der Strategie „Klimafreundliches Bauen und Wohnen“ des Bundesumwelt- und Bauministeriums. Für die Umsetzung sind interdisziplinäre Handlungsansätze unverzichtbar. Ein sehr gutes Signal ist die vorgesehene Verstärkung und Aufstockung des KfW-Programms „Energetische Stadtsanierung“.

Enorme Systemtransformation

Wir befinden uns mitten in einer enormen Systemtransformation. Die Verbraucher bzw. die Konsumenten werden zu „Prosumenten“, die Energie sowohl selbst erzeugen als auch weiterhin aus dem Netz beziehen. Wohnungsunternehmen entdecken die Energieversorgung als neues Geschäftsfeld. Konventionelle, auf zentrale Systeme und fossile Energieträger ausgerichtete Geschäftsmodelle der Energieversorger müssen dezentraler werden und regenerative Energieträger einbeziehen. Natürlich ergeben sich hier Interessen- und Zielkonflikte.

Arbeitsgruppe Energie

Deshalb hat der Deutsche Verband gemeinsam mit Prof. Dr. Dr. Töpfer und seinem Institute for Advanced Sustainability Studies am 12. Dezember 2014 eine neue Arbeitsgruppe „Energie, Immobilien und Stadtentwicklung“ gegründet. Darin erörtern künftig hochrangige Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Immobilienwirtschaft, Energieversorgern, Finanzinstituten sowie aus Stadtplanung, Bauen und Architektur, welchen realistischen Beitrag die Immobilienwirtschaft und die Stadtentwicklung zu den Energie- und Klimaschutzzielen leisten können.

Deutscher Verband diskutiert mit Bundestagsausschuss für Umwelt und Bau

Dr. Heyer betont Notwendigkeit von günstigem Bauland

Am 12. November 2014 war der Deutsche Verband zu Gast im Bundestagsausschuss für Umwelt und Bau. Die Ausschussvorsitzende Bärbel Höhn hatte Dr. Jürgen Heyer eingeladen, aus dem Arbeitsprogramm des Verbandes zu berichten. In seinem Einführungsstatement plädierte der Präsident dafür, in den wachstumsstarken Ballungsräumen und Städten mehr Bauland zu vertretbaren Preisen zu schaffen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für den dort benötigten bezahlbaren Wohnraum. Damit in noch mehr Städten erfolgreiche Modelle zur Anwendung kommen und Hemmnisse im Baurecht, Artenschutz- und Immissionsschutzrecht abgebaut werden können, lohnt es sich laut Dr. Heyer, die Bauland- und Liegenschaftspolitik im Bündnis für Wohnen intensiver zu betrachten. Der Deutsche Verband hat alle Handlungsfelder in einem Thesenpapier zusammengefasst, das der Ausschuss als Bundestagsdrucksache in seine Arbeit aufnahm. Außerdem wird er künftig für das BMUB eine Bündnis-AG organisieren.

Balance zwischen energetischen Standards und bezahlbarem Wohnraum

Dr. Heyer skizzierte den Mehrwert der EU-Strukturfonds für die nachhaltige Stadtentwicklung und die transnationale Zusammenarbeit und hob die Notwendigkeit altersgerechter Wohnungen und Quartiere hervor. Er appellierte, bei den Energie- und Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebestand die Wirtschaftlichkeit und die Sozialverträglichkeit im Auge zu behalten. Um eine Balance zwischen energetischen Standards und bezahlbarem Wohnraum zu erreichen, können Maßnahmenbündel aus der energetischen Gebäudesanierung und die Anpassung der Energieversorgung helfen. Hierzu übergab Dr. Heyer den Abgeordneten ein gemeinsames Verbändepapier zur energetischen Stadtsanierung.

Mehr günstigen Wohnraum schaffen

Die Diskussion mit den Abgeordneten drehte sich im Wesentlichen um Stellschrauben für mehr bezahlbaren Wohnraum in den Wachstumsstädten: Die steigenden Neubauzahlen sind fast ausschließlich auf das Hochpreissegment zurückzuführen, während bislang zu wenige Wohnungen mit günstigen Mieten geschaffen werden. Erör-

tert wurde auch, inwieweit die hohen Anforderungen an Energieeffizienz sowie Qualitäts-, Sicherheits- und Umweltschutzstandards dafür Hemmnisse darstellen. Neben Wegen zur Senkung der Baukosten wurde die Ausweisung und Mobilisierung von mehr Flächen kontrovers erörtert. Wie lassen sich Nutzungskonkurrenzen z. B. über Mehrfachnutzungen lösen? Ist eine stärkere Verdichtung angesichts der Vorbehalte der Bewohner und der steigenden Bedeutung innerstädtischer Grünflächen wirklich erstrebenswert? Was kann man über andere Wohnformen erreichen? Sind zusätzliche planungsrechtliche, steuerliche und förderpolitische Instrumente notwendig, um mehr Brachen und Baulücken zu reaktivieren? Und wie schafft man es, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Bundesliegenschaften in den Wachstumsräumen vergünstigt zur Verfügung stellt?

Private Eigentümer ins Boot holen

Für den Umbau unserer Gebäude- und Stadtstrukturen erachten die Abgeordneten Quartiersansätze als wichtigen Handlungsansatz. Bei Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung ist deshalb eine größere Technologieoffenheit gefragt. Derzeit liegt der Fokus noch zu stark auf Gebäudesanierung und Dämmung. Entscheidend ist zudem, wie man die privaten Eigentümer mit ins Boot bekommt. Sie bewirtschaften über drei Viertel des Wohnungsbestandes; allein ein Viertel aller Wohnungen sind in Wohneigentümergeinschaften organisiert. Der Ausschuss diskutierte, welche Impulse eine steuerliche Förderung von energetischen Investitionen geben könnte, um bei diesen Zielgruppen eine höhere Sanierungsrate zu erreichen.

Dr. Heyer äußerte abschließend, dass er sich von den neuen Ressortzuschnitten, durch die Umwelt, Wohnen und Bauen in einem Ministerium und in einem Bundestagsausschuss vereint sind, einen tragfähigen Ausgleich zwischen den Anliegen von Klima- und Umweltschutz mit der notwendigen Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen erhofft.

Ansprechpartner

Christian Huttenloher
c.huttenloher@deutscher-verband.org

Info

Das gemeinsame Verbändepapier zur energetischen Stadtsanierung „KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ im Bundesumwelt- und Bauministerium mit voller Kraft weiterführen!“ finden Sie auf www.deutscher-verband.org unter Publikationen/Positionen.

Beitrag der Stadtentwicklung zu Energie- und Klimazielen Positionspapier veröffentlicht

Im Dezember 2014 hat die Bundesregierung die gesetzten CO₂-Einsparziele bis 2050 dadurch untermauert, dass sie verschiedene Energie- und Klimaschutzstrategien wie z. B. das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) verabschiedet hat. Um die Energieeinsparpotentiale in Städten und ihren Gebäuden zu erschließen, wird zukünftig eine ganzheitliche „Energieeffizienzstrategie Gebäude“ entwickelt.

Positionspapier im Rahmen des Projektes *Joint.Urban.Energies*

Auch die integrierte energetische Stadtentwicklung erbringt einen wichtigen Beitrag zur Energieeinsparung in den Städten: Gemeinsam mit den beteiligten Akteuren werden Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung im Gebäudebereich umgesetzt, die sich an die Vor-Ort-Bedingungen anpassen. Im Rahmen des Projektes *Joint.Urban.Energies*, das der Deutsche Verband gemeinsam mit der Stadt Ludwigsburg koordinierte, wurde 2014 ein Positionspapier zur integrierten energetischen Stadtentwicklung erarbeitet. Es identifiziert zukünftige Herausforderungen und benennt mögliche Stellenschrauben sowie Lösungsmöglichkeiten. Basis dafür war ein aktiver Austausch von Experten aus den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen und Energie, die ihre Erfahrungen aus Kommunen, Wohnungsunternehmen, Bundesinstituten, Finanzinstitution, als Stadtsanierer oder Dienstleister einbrachten.

Maßnahmenplanung auf Quartiersebene

Energieeffizienz ist ein Querschnittsthema bei der Erstellung und Umsetzung integrierter energetischer Konzepte. Dementsprechend sollte sie laut dem Positionspapier in alle Themengebiete eingebettet werden. Auf räumlicher Ebene empfiehlt sich zur Maßnahmenplanung und -umsetzung eine Betrachtung auf Quartiersebene, um Synergieeffekte aufzugreifen und Spielraum für energetische Versorgungslösungen zu geben. Profunde Analysen des Quartiers mit einer möglichst realitätsnahen Einschätzung zu Einspar- und Sanierungszielen sollten einer jeden Entwicklung zu Grunde liegen. Das Papier empfiehlt, die daraus entwickelten Maßnahmen umsetzungsorientiert zu gestalten und mit den Akteuren und Bedingungen vor Ort abzustimmen. Kommunen werden in diesem Prozess als



Abgestimmte Beratungsangebote | © goodluz, Fotolia.com

zentrale Steuerer gesehen. Sie müssen auch eine politische Unterstützung der Maßnahmen und Ziele sicherstellen.

Akteure einbinden

Eine möglichst umfassende Ansprache und Einbindung von Akteuren trägt dazu bei, wichtige private Investitionen in die Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien anzustoßen. Aufgabe ist es, für die oftmals sehr heterogene Eigentümerstruktur in den Quartieren Strategien zur Aktivierung zu entwickeln. Auch eine verlässliche Begleitung der Akteure während des gesamten Sanierungs- und Modernisierungsprozesses sollte ein Kernbestandteil sein. Das weitestgehend noch ungenutzte Potential von Wohnungseigentümergeinschaften kann ebenfalls für energetische Maßnahmen erschlossen werden, z. B. über Qualifizierung und Unterstützung.

Es gibt vielfältige zielgruppenspezifische Fördermöglichkeiten zur Finanzierung energetischer Maßnahmen. Der Fokus sollte darauf liegen, die Akteure und Eigentümer über die verschiedenen Förderangebote zu beraten. Dafür sind neutrale Förderlotsen notwendig, die passende Angebote für Sanierer auffindig machen. Auch besteht Bedarf an einer neutralen Gesamtfinanzierungsberatung und -betreuung für die Umsetzung von energetischen Maßnahmen.

Schließlich empfiehlt sich für eine kompetente Aufgabenumsetzung im Rahmen integrierter energetischer Konzepte die Installation eines ganzheitlichen Sanierungsmanagements. Dieses könnte Know-how aus den Bereichen Bau, Energie und Finanzen mit Kommunikationsgeschick bündeln und den Gesamtprozess begleiten.

C3-Alps: Gemeinden Wissen über Anpassung an den Klimawandel zugänglich machen

Die Alpen sind stärker vom Klimawandel betroffen als andere Regionen in Europa. Ein Fortschreiten der Erwärmung und vielfältige Auswirkungen des Temperaturanstiegs sind aus heutiger Sicht bereits unvermeidbar. Frühere Projekte der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit im Alpenraum haben die Auswirkungen des Klimawandels bereits untersucht und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Das Projekt C3-Alps hat dieses „alpine Anpassungskapital“ nun weiterentwickelt und in Wert gesetzt. Die Ergebnisse wurden auf der Abschlusskonferenz am 14. Oktober 2014 in Wien präsentiert.

Entstanden ist z. B. ein Webportal mit Klimaanpassungswissen, wo sich Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung und Gemeinden informieren können. Zudem haben sich die Verantwortlichen für die nationalen Anpassungspolitiken aus allen beteiligten Alpenländern zu einem dauerhaften transnationalen Netzwerk zusammengeschlossen. Die Politik zur Klimawandel-Anpassung wurde in verschiedenen Alpenregi-

onen analysiert und es entstanden Handbücher sowie Leitlinien zum Umgang und zur Kommunikation des Themas.

Aufbauend auf der Theorie haben die Projektpartner in zwölf Modellregionen nachhaltige Anpassungsprozesse initiiert. So z. B. in den bayerischen Gemeinden Mittenwald und Schindlegg. Ziel der dortigen Pilotvorhaben war es, das verfügbare Wissen über Klimawandelanpassung für Gemeinden in Bayern in einer verständlichen Form aufzubereiten und nutzbar zu machen. Dafür wurde gemeinsam mit kommunalen Entscheidungsträgern und Verwaltungsangestellten ein „Klimawandelanpassungs-Fitness-Check“ erarbeitet: Mit diesem individuell zugeschnittenen Prüfsystem kann eine Gemeinde testen, wie sie auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet ist und in welchen Bereichen Anpassungsbedarf besteht. Darüber hinaus wurden den Kommunen Möglichkeiten zur Anpassung und Wege der Umsetzung aufgezeigt.

SusFreight: Nachhaltiger Güterverkehr in den Alpen

EU-Parlamentarier Michael Cramer bekräftigt die Empfehlungen des DV

Viele Projekte in Europa haben sich in den vergangenen Jahren mit den Herausforderungen durch den ständig wachsenden Güterverkehr befasst. Exemplarisch zeigen sich diese insbesondere im Alpenraum. Viele Ergebnisse sind zukunftsweisend, manche konnten in der Folge auch umgesetzt werden. Insgesamt fehlen jedoch mehrere Ansatzpunkte für einen nachhaltigeren Güterverkehr. Dies hat der Deutsche Verband im Rahmen des Projektes *SusFreight* – *Sustainable Freight Transport* nun nachgeholt: In Brüssel diskutierte er am 9. Dezember 2014 mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, insbesondere mit MEP Michael Cramer, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Tourismus.

Mit dem Beginn der neuen EU-Förderperiode 2014–2020 verbindet sich die Erwartung, dass die europäischen Förderinstrumente zu den politischen Zielen eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums beitragen. Gleichzeitig stellt sich auch die Herausforderung, den

stetig wachsenden Güterverkehr nachhaltiger zu gestalten, da er neben ökonomischen Chancen im Bereich Innovation, Logistik und Dienstleistung auch eine Vielzahl von Problemen für Umwelt und Wirtschaft mit sich bringt.

Im Rahmen von *SusFreight*, das der Deutsche Verband im Jahr 2014 zusammen mit fünf Institutionen des Alpenraums federführend umgesetzt hat, wurden 18 entsprechende Empfehlungen erarbeitet. Sie richten sich an öffentliche Institutionen, die den Rahmen für den Güterverkehr vorgeben, und betonen unter anderem die Bedeutung des kombinierten Verkehrs (Straße – Schiene). So empfehlen MEP Michael Cramer und der Deutsche Verband unisono, kleinen, gezielten Projekten mit hohem Mehrwert immer den Vorrang vor kostenträchtigen Großprojekten zu geben.

Die Empfehlungen werden auch in die künftige inhaltliche Gestaltung von Verkehrsprojekten im Alpenraum eingehen. Auch die Europäische Kommission, Bereich Regionalpolitik, ist interessiert.

Ansprechpartnerin

Heike Mages
h.mages@deutscher-verband.org



Mittenwald | © Petra Dirscherl, pixelio.de

Ansprechpartner

Christoph Pienkoß
c.pienkoss@deutscher-verband.org





Schienenpersonenverkehrskonzept nimmt Fahrt auf Abschluss des EU-Projektes „RAILHUC“

Die Metropolregion Mitteldeutschland ist im Gegensatz zu Hamburg oder Berlin polyzentral geprägt. Mit ihren Mitgliedsstädten Leipzig, Halle, Gera, Jena, Dessau-Roßlau, Zwickau und Chemnitz ist sie 2009 aus dem „Sachsendreieck“ hervorgegangen. Funktional eng verbunden sind zudem die Städte Dresden, Magdeburg, Erfurt und Weimar. Die Region hat, begleitet durch den Deutschen Verband, im Rahmen des Projektes RAILHUC ein modulares Schienenpersonenverkehrskonzept erarbeiten lassen, das zukunftsweisend und praxisnah ist.

Regionalverkehr nicht vernachlässigen

Warum ist ein solches Konzept notwendig? Zwar wurde das Schienennetz zwischen den großen Städten in Mitteleuropa in den letzten Jahren deutlich verbessert: Fernverbindungen mit Haltepunkten in den großen Städten wurden ausgebaut, und noch immer fließen erhebliche Mittel in die Ertüchtigung der Infrastruktur. Dies erfolgt jedoch oft auf Kosten der Zubringerstrecken und -netze, die der Erschließung der Regionen abseits der Städte und Metropolen dienen. Bedenkt man, dass in Deutschland mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Klein- und Mittelstädten lebt, wird deutlich, dass dieses Ungleichgewicht auf die Dauer schädlich ist – auch mit Blick auf Daseinsvorsorge, Demographie und Fachkräftesicherung in den betroffenen Gebieten. Wird der regionale und lokale Verkehr vernachlässigt, unterminiert dies auch die Auslastung der überregionalen Trassen. Das mindert das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser oft hohen Investitionen, ist doch ein gutes Zubringernetz entscheidend für das optimale Funktionieren eines Fernverkehrsknotens.

Bausteine des Konzeptes

Die RAILHUC-Projektpartner haben von 2011 bis 2014 Konzepte für den öffentlichen Personenverkehr erarbeitet. Ziel war dabei die bessere Erreichbarkeit und damit Nutzbarkeit des Fernverkehrs. Dabei wurden vor allem schienegebundene Verkehrsträger einbezogen und Vereinbarungen getroffen, die weit über das Ende der Projektlaufzeit hinaus ihre Wirkung entfalten. Im Fall der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland wurden zusätzlich frühere strategische Überlegungen aufgegriffen, die mit Unterstützung durch das RAILHUC-Projekt nun konkretisiert werden konnten. Das dabei

entstandene Schienenverkehrskonzept für Mitteldeutschland ist wegweisend und besteht aus folgenden Bausteinen:

1. Schaffung eines Mitteldeutschlandnetzes. Neben den baulichen Maßnahmen, die sich schon in Umsetzung befinden, sind dafür nur noch punktuelle Investitionen notwendig. Auch ein eigener Fahrzeugpool der drei Länder soll diskutiert werden.
2. Einrichtung eines Mitteldeutschland-Taktes. Verbindungen, die eigentlich Fernverkehr darstellen, werden durch hochwertige, so genannte „MDX-Linien“ bedient.
3. Etablierung des Mitteldeutschlandtarifs als einheitlicher Verbundtarif mit einem Metropolregionsticket.
4. Enge Kooperation von Verkehrsverbänden und Aufgabenträgern entsprechend ihren Aufgaben. Die Zusammenarbeit wird für das gesamte Gebiet angestrebt.

Weiterentwicklung beschlossen

Jeder Baustein für sich leistet einen Beitrag zum Gesamtkonzept, doch erst ihr Zusammenspiel führt zu den gewünschten Angebotsverbesserungen, organisatorischen Synergien und auch Einnahmeeffekten. Die Stärke des Konzeptes liegt darüber hinaus darin, dass es kostengünstig umzusetzen ist und sämtliche Beteiligte davon profitieren – sowohl die Reisenden als auch Unternehmen und Institutionen des öffentlichen Verkehrs. Das Konzept als Ganzes wurde im Februar 2014 von den Oberbürgermeistern der Metropolregion für gut befunden und seine Weiterentwicklung im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens beschlossen.

Der Deutsche Verband unterstützt die Städte dabei, das Konzept nach außen und innen zu kommunizieren, Vertreter der drei Länder einzubinden und Diskussionsprozesse mit Trägern öffentlicher und privater Belange zu moderieren. Diese Aktivitäten sollen im Rahmen eines weiteren EU-Projekts und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland fortgesetzt werden.



Regioexpress
© Rudolpho Duba, pixelio.de

Versorgung im Alter gemeinsam ermöglichen

Workshop des Programms „Anlaufstellen für ältere Menschen“

Die meisten Menschen möchten so lange wie möglich zu Hause wohnen. Damit dies trotz körperlicher Einschränkungen und Pflegebedarf möglich ist, braucht es mehr als altersgerechte Wohnungen. Die Nahversorgung mit Dienstleistungen und Angeboten des täglichen Bedarfs ist nur ein Aspekt. Für viele Ältere stehen vor allem auch Fragen der Sicherheit und die Angst vor Vereinsamung im Vordergrund. Was hier helfen kann, haben mehr als 20 Projektakteure im Rahmen des Bundesprogramms „Anlaufstellen für ältere Menschen“ am 15. Oktober 2014 in Hannover diskutiert.

Dr. Andrea Töllner vom FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V. verdeutlichte, wie wichtig Hilfe-Mix-Modelle sind. „Kommunen, Wohnungs- und Pflegewirtschaft sowie bürgerschaftlich Engagierte werden dafür als Partner benötigt“, so Töllner. Mit Hilfe von Quartierszentren, Stadtteilnetzwerken, Beratungsstellen oder Nachbarschaftsinitiativen lassen sich diese Versorgungsstrukturen etablieren. Auch neue Wohn- und Pflegeformen, wie gemeinschaftliche Wohnprojekte und ambulant betreute Wohngruppen, sind unverzichtbar.

Netzwerke mit Ehrenamtlichen ergänzen

Der Landkreis Verden setzt auf einen Bürger-Kommune-Profi-Mix; das Zusammenwirken von professionellen und ehrenamtlichen Leistungen. „Zusätzlich zu Kreishandwerkerschaft, Architekten, Kreisbaugesellschaft, ambulanten Diensten und Pflegekassen sollen nun die Freiwilligenagenturen mit ins Boot“, erklärte Dagmar Schüller vom Landkreis Verden. Allerdings müssen Freiwillige professionell begleitet werden. Mit der Kommune als Steuerer wird ein mobiles Beratersteam aufgebaut, das älteren Menschen z. B. zu einer besseren Wohnsituation berät.

Versorgung im ländlichen Raum

Das „Seniorenzentrum Schaukelstuhl“ in Schneverdingen bietet professionelle Krankenpflege sowie Beratungs- und Betreuungsangebote, z. B. Bewegungsrunden, einen MS-Stammtisch oder Gedächtnistraining an. „Der Bedarf älterer Menschen ist oftmals größer als die typische halbe Stunde Grundpflege“, so die Geschäftsführerin Ulrike Röhrs. Das hilft nicht nur den Seniorinnen und Senioren, sondern entlastet auch pflegende Angehörige. Wichtig ist, dass ältere



Werkstattgespräch | © DV, Michael Färber

Menschen die Angebote gut erreichen können. Direkt vor dem Seniorenzentrum befindet sich eine Haltestelle des ehrenamtlich betriebenen Bürgerbusses.

Schlüsselpersonen zur Kontaktaufnahme

Die Region Hannover baut in Pattensen für Ehrenamtliche eine professionelle Begleitung auf. „Ältere Menschen werden durch Leute, die vor Ort sind, besser erreicht“, erklärte Simone Jungbauer von der Region. „Wichtig ist, dass die Akteure in Pattensen über das Projekt Bescheid wissen. Nur so werden verlässliche Strukturen geschaffen“, betonte sie. Daher werben Ehrenamtliche z. B. bei der Post oder beim Friseur. Das Vorhaben wird von der Hochschule Hannover wissenschaftlich begleitet. So könnte der Ansatz bald in die gesamte Region ausstrahlen.

Anlaufstellen unterstützen Altenhilfe

Fakt ist, im ländlichen Raum ist es schwieriger als in der Stadt, auch im hohen Alter und mit zunehmendem Hilfe- und Unterstützungsbedarf zu Hause wohnen zu bleiben. Scham und Hemmschwellen müssen abgebaut werden. Notwendig sind aufsuchende und mobile Angebote, sozialraumorientierte Netzwerke und gemeinschaftlich Aktivitäten. Genau hier setzen Anlaufstellen an. Sie klären, was vor Ort gebraucht wird, koordinieren alle verfügbaren Informationen und Angebote und vernetzen die verschiedenen Personen. Konkurrenzen werden ausgeglichen und moderiert. Dadurch, dass Anlaufstellen Seniorinnen und Senioren in ein Netz aus Versorgungs-, Pflege- und Gemeinschaftsangeboten einbinden, wirken sie auch präventiv: Zum einen sind ältere Menschen mit dieser Unterstützung länger in der Lage, selbstständig zu Hause zu leben. Zum anderen können sie im Ernstfall mit unverzüglicher Hilfe rechnen.

Ansprechpartnerin

Nadja Ritter
n.ritter@deutscher-verband.org



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Info

Im Rahmen der fachlichen Begleitung für das Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ finden Werkstattgespräche mit regionalem Schwerpunkt statt. Ziel ist es, die etwa 300 geförderten Projekte und Ansätze kennenzulernen und den Austausch untereinander voranzutreiben. Das im vorliegenden Artikel dokumentierte Werkstattgespräch fand bei der Region Hannover statt, die auch im Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ gefördert wird. Die Teilnehmenden erhielten so Einblick in die tägliche Arbeit vor Ort.

IMPRESSUM

Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250
Fax+49 (0)30 20613251
info@deutscher-verband.org
www.deutscher-verband.org

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

In eigener Sache ▶

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!

Liebe Freunde und Partner des DV,

ein ereignisreiches Jahr mit zahlreichen Veränderungen im Bereich der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik liegt hinter uns. Das „Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen“ sowie der Start der neuen EU-Strukturfondsperiode haben unsere Arbeit 2014 stark beeinflusst und werden sicherlich auch im neuen Jahr für interessante Entwicklungen und Herausforderungen sorgen.

Gespannt erwarten wir außerdem die ersten Sitzungen unserer neuen Arbeitsgruppe „Energie, Immobilien und Stadtentwicklung“, die sich im Dezember 2014 konstituiert hat.

Schön, dass Sie unsere Arbeit im vergangenen Jahr über das DV aktuell verfolgt und begleitet haben. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und Verbundenheit! Wir freuen uns auf ein weiteres Jahr mit Ihnen als unsere treuen Leser.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünschen wir ein Frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, zufriedenes und erfolgreiches Jahr 2015.

Ihr DV-Team



Weihnachten am Brandenburger Tor | © Guenter Hamich, pixelio.de